



**Antworten von Kathinka Kaden, Landtagskandidatin Bündnis 90 /
DIE GRÜNEN im Wahlkreis 11 Geislingen, auf die Fragen der:**

GEW Göppingen Wahlprüfsteine

Erste Frage zum Pandemiemanagement

Unter welchen Bedingungen können Sie sich die Öffnung der Schulen und Kitas vorstellen und wie stellen Sie sich eine zukunftsfähige Schule vor, die solchen Pandemien und weiteren Herausforderungen gewachsen wäre?

Wir haben großen Respekt vor der Leistung der Lehrkräfte in dieser schwierigen Coronazeiten. Schutzmasken auch für die Lehrkräfte in den Grundschulen, FFP2-Masken für alle Lehrkräfte, Lüftungsgeräte für Klassenzimmer halten wir alle für sinnvoll, um die Gesundheit der Lehrkräfte, der Kinder und letztlich auch der Eltern zu schützen. Deswegen haben wir das Kultusministerium aufgefordert, die Versorgung der Schulen mit FFP2-Masken auszudehnen und diese auch den Grundschulen bereitzustellen. Auf unseren Einsatz hin stellt das Kultusministerium den Kommunen insgesamt 40 Millionen Euro zur Verfügung, um CO2-Sensoren oder Luftfiltergeräte anzuschaffen.

Die Corona-Krise mit ihren Lockdowns hat alle Herausforderungen, vor denen unsere Schulen stehen, weiter verschärft. Was die Digitalisierung angeht, hat sich die Kluft zwischen den Schüler*innen deutlich gezeigt, wie Sie auch beschreiben: Die einen hatten ein Computer zu Hause und Eltern, die ihnen beim Homeschooling helfen konnten. Die anderen hatten das nicht.

Unabhängig von der prinzipiellen Diskussion über den Wert der digitalen Bildung sind viele Schulen in den vergangenen Monaten engagiert neue digitale Wege gegangen. Die digitale Ausstattung der Schulen hat an Fahrt aufgenommen, um den Zugang zu digitalen Endgeräten für alle Schüler*innen zu sichern. Dabei finde ich es entscheidend, die Ausstattung der Schüler*innen mit digitalen Endgeräten für ein zukunftsfähiges Bildungssystem auch als Aufgabe des Landes zu betrachten.

Beim digitalen Lernen gibt es also großen Nachholbedarf, allerdings nicht nur technisch, sondern auch pädagogisch. Aufgrund der vielen Erfahrungen in den vergangenen Monaten kann jetzt auf einer Grundlage die prinzipielle Diskussion über den Wert der digitalen Bildung geführt werden.

Pandemien kann meiner Meinung nach in akuten Phasen nur mit Fernunterricht begegnet werden oder bei Lockerungen in bestimmter, fester Regelung des Präsenzunterrichts. Es soll weder im Präsenz- noch im Fernunterricht über ein „Wunder der Digitalisierung fantasiert“ werden, sondern Ziel muss bleiben, Konzepte zu entwickeln, wie Schüler*innen das selbstständige Lernen beigebracht werden kann.

Zweite Frage zum Personalmangel

*Was denken Sie, wie der Personalmangel und die mit ihm verbundenen Probleme behoben werden können, und wie die Attraktivität des Lehrer*innenberufes wieder gesteigert werden kann?*

Die Grünen haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Schulen zu stärken und insbesondere die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Das hat auch weiterhin höchste Priorität. Besonders wichtig ist für uns, Lehrkräfte zu gewinnen, um die Unterrichtsversorgung an den Schulen weiter zu verbessern. Nach wie vor forcieren wir es, die Kürzung beim Entlastungskontingent zurückzunehmen und die Bugwelle an Überstunden abzubauen.

Zu Beginn der neuen Legislatur wollen die Grünen die Arbeit des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und des Instituts für Bildungsanalysen (IBBW) evaluieren. In diese Analyse werden alle Akteur*innen der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften einbezogen werden. Sowohl die Neuausrichtung der Fortbildung für Lehrkräfte als auch die datenbasierte Unterstützung der Schulentwicklung müssen zukünftig ihre Wirkung entfalten.

Was wir wichtig finden: Regionale Strukturen müssen gewährleistet bleiben. Sie stellen sicher, dass die Schulen auch in Zukunft Ansprechpartner*innen vor Ort haben. Denn letztlich entscheidet sich die Qualität nicht in der Verwaltung, sondern in den Schulen und im Unterricht. Entscheidend ist daher, dass die Informationen der Schulverwaltung in den Schulen, bei der Schulleitung und den Lehrkräften ankommen. Für eine erfolgreiche Umsetzung braucht es eine gute Begleitung und Beratung vor Ort.

Die Schulleiter*innen sind für die Qualitätsentwicklung an Schulen zentral. Daher haben wir die Schulleitungen gestärkt, z.B. durch zusätzliche Konrektor- und Abteilungsleiter*innenstellen an Real- und Gemeinschaftsschulen. In einem weiteren Schritt wollen wir die Leitungszeit der Schulleitungen verbessern, das Entlastungskontingent zurückführen und durch Verwaltungskräfte Entlastung schaffen. Ziel grüner Politik ist auch, mittelfristig alle Lehrkräfte mindestens nach A13 zu besolden. Hierfür ist es notwendig, zunächst die Lehramtsausbildung für die Grundschullehrkräfte anzupassen.

Dritte Frage zu Fachlehrkräften

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für den Beruf der Fachlehrkraft. Was würden Sie jungen Leuten anbieten, damit sie diesen wichtigen Beruf ergreifen?

Die Besoldung und die derzeit schlechte Beförderungssituation von Fachlehrkräften sind nicht zeitgemäß und werden der Rolle dieser Lehrkräfte nicht gerecht. Wir setzen uns für eine Aufwertung ein.

Es ist Ziel grüner Politik, die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften weiter zu verbessern, damit überall im Land stabil und verlässlich Unterricht stattfinden kann, insbesondere auch in Mangelfächern. Dazu haben die Grünen in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen. Maßnahmen, die wir fortführen wollen, sind zum Beispiel die kooperativen Bachelor- und Masterstudiengänge für Lehrer*innen an Hochschulen und Pädagogischen Hochschulen. Oder die Möglichkeit des Seiteneinstiegs für Hochschulabsolvent*innen mit gesuchten Fächern, die keine Lehramtsausbildung haben. Auch gezielten Werbe- und Informationskampagnen gilt es umzusetzen, um Lehrkräfte in den Mangelfächern zu

gewinnen. Deshalb haben wir Grüne uns für ergänzende Mittel im Doppelhaushalt 2020/2021 in Höhe von je 50.000 Euro eingesetzt.

Auch die Verbesserungen für Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte im aktuellen Doppelhaushalt steigern die Attraktivität des Berufs. Darüber hinaus soll das aktuelle Arbeitszeitmodell überprüft und modernisiert werden. Auch Tätigkeiten, die über den reinen Unterricht hinausgehen, sollen abgebildet werden. Wir werden ein Freiwilliges Pädagogisches Bildungsjahr einführen, auch um junge Menschen auf dem Weg in den Lehrer*innenberuf zu unterstützen.

Vierte Frage zu Kitas

*Wie wollen Sie sich für Verbesserung der Arbeitsqualität von Erzieher*innen einsetzen und die Attraktivität des Erzieher*innenberufs wieder steigern?*

Qualität in den Kitas kann es nur dann geben, wenn gutes Personal in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht. In den vergangenen Jahren haben sich die Kindertageseinrichtungen pädagogisch stark weiterentwickelt. Sie sind keine reinen Betreuungseinrichtungen mehr, sondern auch Bildungseinrichtungen, in denen die Kinder die Welt spielerisch erforschen und vielfältige Beziehungen erleben können. Die Grünen investieren seit 2011 massiv in die frühkindliche Bildung. Die grün-geführte Landesregierung unterstützt die Einrichtungen und Träger erheblich bei den Betriebsausgaben, indem es 68 Prozent der Betriebsausgaben bei Kindern unter drei Jahren übernimmt. Wir investieren daher deutlich mehr in die frühkindliche Bildung als in der Vergangenheit: Im Landeshaushalt stehen hierfür rund 1,02 Milliarden Euro zur Verfügung. Bei Kindern über drei Jahren erhalten die Gemeinden eine pauschale Zuweisung in Höhe von 529 Millionen Euro pro Jahr. Diese Zuweisung erhöhen wir ab 2020 um jährlich 25 Millionen Euro. Damit reagiert das Land auf die wachsende Kinderzahl und die gestiegenen Betriebsausgaben.

Auch mit Blick auf die Qualität und die pädagogische Personalausstattung heißt es, dass in Baden-Württemberg ein*e Erzieher*in im Schnitt 3,1 Kinder unter drei Jahren betreut. Mit einem Personalschlüssel von 1 zu 6,6 bei den über Dreijährigen würde Baden-Württemberg im Bundesländervergleich ebenfalls einen Spitzenplatz belegen.

Das heißt: Die Verhältnisse, die Sie beschreiben, konterkarieren das. Das hängt – neben dem bedrohlichen Mangel an pädagogischen Fachkräften – auch damit zusammen, dass es gewaltige regionale Unterschiede in der Ausstattung gibt und die Träger, auf die das Land wenig Zugriff hat, ihre Prioritäten oft sehr unterschiedlich setzen.

Kindertagesstätten sind längst nicht mehr nur Orte für Kinder. Sie öffnen sich verstärkt in den Sozialraum hinein. Sie bieten Hilfestellungen für Familien, für Menschen aus der Nachbarschaft und andere, die an Erziehungs- und Bildungsangeboten interessiert sind. Daher unterstützt das Land mit einem Landesprogramm die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren. Bisher sind hierfür 5,4 Mio. Euro bereitgestellt worden. Mit den zusätzlichen Mitteln werden die Einrichtungen, die am Landesförderprogramm beteiligt sind, in ihrem Qualitätsprozess gefördert. In den nächsten Jahren ist ein weiterer Ausbau der Kinder- und Familienzentren geplant.

Die Qualität der frühkindlichen Bildung weiterzuentwickeln, hat für uns Grüne eine hohe Priorität. Daher war es uns wichtig, mit dem „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ wichtige Leitplanken zu setzen. Diese zielen auf mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung, mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Teilhabe für alle Kinder ab. Gemeinsam mit den

kommunalen Landesverbänden und den freien Trägern wurde verabredet, dass jährlich rund 80 Mio. Euro in die Qualitätsverbesserung fließen.

Mit diesem Pakt wollen wir u.a. die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen ausbauen, eine Ausbildungsoffensive für Fachkräfte in Kita starten, die Inklusion in unseren Kitas unterstützen, die Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern, die Kindertagespflege finanziell und qualitativ fördern sowie den Orientierungsplan weiterentwickeln und fortschreiben.

Die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) zum*zur Erzieher*in hat sich als ein gutes Instrument der Fachkräftegewinnung bewährt. Daher wollen wir die Zahl der PiA-Plätze zunächst um ein Viertel erhöhen. Grundsätzlich wollen wir sie verdoppeln. Dazu wollen wir den Trägern für einen befristeten Zeitraum eine Ausbildungspauschale pro Platz und Monat in Höhe von 100 Euro zahlen. Darüber hinaus wird das Land die Anzahl der Klassen an den Fachschulen deutlich erhöhen.

Aber Baden-Württemberg setzt nicht nur die Maßnahmen des Pakts um. Dem Land stehen auch Bundesmittel aus dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung, dem sogenannten Gute-KiTa-Gesetz, zu. Die Landesregierung hat sich dazu entschieden, diese Bundesmittel einzusetzen, um die Qualität in der Kinderbetreuung zu steigern. Während andere Bundesländer, vor allem aufgrund von Forderungen aus SPD-Kreisen diese Mittel für die Beitragsfreiheit der Kitas verwenden, hat Baden-Württemberg auf Betreiben der Grünen und gegen Bestrebungen der CDU die 729 Millionen vor allem in die Finanzierung der Leitungszeit gesteckt.

Leitungszeit ist ein entscheidendes Qualitätsmerkmal, um die pädagogische Arbeit in den Kitas weiterzuentwickeln und so alle Kinder angemessen fördern zu können. Sie dient dazu, dass die Kita-Leitungen ihre pädagogischen Kernaufgaben erfüllen können. Alle Kitas erhalten demnach – unabhängig von ihrer Größe und der Gruppen-Anzahl – einen Grundsockel von sechs Stunden pro Woche. Bei Kitas mit zwei oder mehr Gruppen sollen zusätzlich zwei Stunden Leitungszeit pro Gruppe und Woche gewährt werden. Es ist mir bewusst, dass aufgrund des Fachkräftemangels diese Leitungszeit oft nicht wahrgenommen werden kann. Dieser Zustand wird sich im Blick auf die demographische Entwicklung, weitere Versprechungen der Politik in den Ausbau von Betreuung, durch anstehende Zurrhesetzungen, Abwanderungen aus dem Berufsfeld und einen Rückgang an Bewerber*innen mit mittlerem Bildungsabschluss noch verschärfen. Unsere vordringlichste Aufgabe wird es daher sein, den Beruf der pädagogischen Fachkräfte wieder attraktiver zu machen und die Berufszufriedenheit zu erhöhen. Allerdings wird das Land die Herausforderungen nicht alleine stemmen können. Auch die Kommunen müssen sich fragen lassen, was ihnen die Kinder und Familien wert sind.

Fünfte Frage zur Inklusion

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Kinder mit Förderbedarf wieder sinnvoll ihr Recht auf Inklusion wahrnehmen können?

Der Aufbau eines inklusiven Bildungssystems ist ein langwieriger Prozess. Inklusion ist zudem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir gemeinsam Schritt für Schritt angehen. Indem wir die Inklusion im Schulgesetz verankert haben, setzen wir die UN-Behindertenrechtskonvention um. Wir wollen keine Diskriminierung. Wir geben den Eltern die Wahlfreiheit, ob sie ihr Kind auf eine allgemeine oder auf eine Sonderschule schicken. Vielerorts haben die staatlichen Schulämter bereits den richtigen Weg bei der Beratung der

Eltern eingeschlagen. Dies gilt es zu unterstützen und weiter zu verbessern. Vor allem muss der Gedanken der Inklusion endlich in die Breite der Gesellschaft getragen werden. Denn noch gibt es selbst in der Lehrer*innenschaft große Vorbehalte gegen inklusives Lernen, wie auch Widerstände von Berufsgruppen und Teilen der Schulverwaltung, der mit zu einer Zersplitterung der Schullandschaft und zu einer oft unverantwortlichen Belastung und Einschränkung inklusiven Lernens geführt hat. Gemeinsames Leben, Lernen und Arbeiten muss aber überall ermöglicht werden.

Unseren Weg, die Inklusion auszubauen, gehen wollen wir aber gehen. Bis zum Jahr 2022 werden insgesamt 1350 zusätzliche Lehrer*innenstellen für Inklusion geschaffen. Auch bei der Weiterqualifizierung von Haupt- und Werkrealschullehrer*innen legen wir einen Schwerpunkt genau auf diesen Bereich. Wir gehen außerdem gezielt das Thema Fortbildungsmanagement an, um passgenaue Bildungsangebote für Schüler*innen mit Förderbedarf zu entwickeln. In der neuen Lehrer*innenausbildung haben wir die Weichen bereits gestellt: Module zu Grundfragen der Inklusion sind in allen Lehramtsstudiengängen verpflichtend.

Mit dem kommunalen Sanierungsfonds statten wir zudem Kommunen als Schulträger mit den notwendigen Mitteln aus, um beim barrierefreien Ausbau der Schulen voranzukommen. Im Jahr 2018 hat das Land 106 Millionen Euro in den kommunalen Sanierungstopf gegeben. 2019 waren es 134 Millionen Euro. Das Geld fließt zu 80 Prozent in die Sanierung von Schulen. Auch die neue Schulbauförderrichtlinie von 2015 geht auf den veränderten Bedarf im Sinne der Inklusion ein: Es gibt Zuschläge für inklusive Umbaumaßnahmen sowie bei der Förderung für zusätzlichen Flächenbedarf. Zugleich ist uns bewusst, dass es weiterer Anstrengungen bedarf, um die Inklusion voranzubringen. Dazu müssen wir auch die Rahmenbedingungen an den Schulen weiter verbessern.

Was leider stimmt: Die Sonderpädagogik ist neben der Grundschule besonders vom Lehrer*innenmangel betroffen. Deshalb haben wir die Studienanfängerkapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen deutlich erhöht: von 390 Plätzen im Jahr 2015 auf 520 im Jahr 2017. Allerdings gehen wir davon aus, dass dies nicht ausreichen wird, um den kontinuierlich wachsenden Bedarf zu decken. Insofern ist es notwendig, über eine weitere Erhöhung der Studienkapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen nachzudenken.

Damit unsere Schulen die Inklusion erfolgreich umsetzen können, brauchen sie deutlich mehr gut ausgebildete sonderpädagogische Lehrkräfte. Um diesen Bedarf kurzfristig zu decken, legen wir bei der Weiterqualifizierung von Haupt- und Werkrealschullehrer*innen einen besonderen Schwerpunkt auf den Bereich Sonderpädagogik. Seit Wintersemester 2018/2019 wird für Hauptschul- und Werkrealschullehrkräfte ein modifiziertes zweijähriges Aufbaustudium (Masterstudium) für das Lehramt Sonderpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen Heidelberg und Ludwigsburg angeboten. 400 Haupt- und Werkrealschullehrkräfte können an diesem Studium teilnehmen. Bisher ist die Nachfrage allerdings noch nicht zufriedenstellend. In der ersten Runde haben sich nur gut 20 Lehrkräfte für das Aufbaustudium angemeldet.

Die sehr geringe Bewerberzahl verdeutlicht, dass die Weiterqualifizierung für viele der betroffenen Lehrer*innen nicht ansprechend ist. Um die Zahl der Bewerber*innen deutlich zu erhöhen, haben wir die Rahmenbedingungen des Aufbaustudiums verbessert. Außerdem gehen wir gezielt das Thema Fortbildungsmanagement an, um passgenaue Bildungsangebote für Schüler*innen mit Förderbedarf zu entwickeln. In der neuen Lehrer*innenausbildung haben wir die Weichen bereits gestellt: Module zu Grundfragen der Inklusion sind in allen Lehramtsstudiengängen verpflichtend.

Wir wollen Inklusion in der Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen stärker verankern. Zugleich braucht es zusätzliches Betreuungspersonal in multiprofessionellen Teams, damit Inklusion an den Schulen gelingt. Mit einem Inklusionsgipfel wollen wir prüfen, was bisher erreicht wurde und welche Anpassungen notwendig sind

Sechste Frage zu finanzschwachen Kommunen

*Welche Maßnahmen planen Sie als Vertreter*in Ihrer Partei, um diesen negativen Entwicklungen entgegenzuwirken?*

Finanzschwache Kommunen brauchen meiner Meinung nach besondere Unterstützung vom Land.

Die Kompetenzabgrenzungen zwischen Land und Kommunen/ Kreisen sind allerdings komplex. Allein im Bereich der Schulpolitik. Vereinfacht ist das Land für die Bildungsinhalte und das Lehrpersonal zuständig, die Kommunen bzw. Kreise für die Gebäude und das sonstige Personal. Doch dass es nicht ganz so einfach ist, zeigt sich auch im Bereich des Schulbaus. Grundsätzlich zahlen die Kommunen bzw. Kreise den Bau von Schulgebäuden, aber das Land unterstützt die Kommunen mit einer Kostenbeteiligung. Was bezuschusst wird ist in den Schulbaurichtlinien des Landes festgelegt, die zuletzt im Jahr 2015 geändert wurden. Den Kommunen und Kreisen stellen sich aber ständig neue Fragen, ganz neue Bedarfe entstehen vor Ort: die Inklusion verlangt individuelle Lösungen, der Wunsch nach gesundem frisch gekochtem Essen für die Schülerinnen und Schüler bedingt andere Anforderungen an die Schulmensen, Schulen sollten nicht nur energiesparend gebaut werden, sondern gerade auch in stark verdichteten Gebieten das Kleinklima vor Ort durch Dach- und Fassadenbegrünung entlasten, Lehrkräfte, die den ganzen Tag in der Schule sind benötigen dort Arbeitsplätze.

Nicht zuletzt stellen sich angesichts der finanziellen Situation der Kommunen viele Fragen, zum Beispiel: Warum werden Kommunen nur unterstützt, wenn sie selber bauen, nicht aber wenn ein städtisches Tochterunternehmen das Gebäude baut und die Stadt es mietet? Diese neuen Herausforderungen gilt es zu diskutieren, um die Kommunen und Kreise auch in Zukunft adäquat unterstützen zu können.

Dass viele Kommunen ihre Aufgaben kaum mehr erfüllen können liegt auch daran, dass der Bund ihnen immer mehr Aufgaben zugewiesen hat, ohne die dafür notwendige finanzielle Ausstattung zu ermöglichen. Das Land hat kaum Möglichkeiten, eigene Finanzmittel zu generieren. Daher ist es darauf angewiesen, dass der Bund diese zuteilt, von dem wir eine bessere Finanzausstattung fordern.

Siebte Frage zum Schulsystem

Wie stellen Sie sich einerseits die Stabilisierung und andererseits eine sinnvolle und realistische Weiterentwicklung des baden-württembergischen Schulsystems vor?

Bevor die Grünen ab 2011 in Regierungsverantwortung waren, gab es in Baden-Württemberg eine Schule für alle nur als Schulversuche zur Gesamtschule. Mit der gesetzlichen Verankerung der Gemeinschaftsschule sind verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen worden, die natürlich noch verbesserungswürdig sind. Diesen Weg konsequent weiterzugehen, halte ich für eine sinnvolle und realistische Weiterentwicklung des Schulsystems.

Ein qualitativ hochwertiges schulisches Ganztagsangebot kann Schüler*innen in ihrer Entwicklung ganzheitlich fördern. Deshalb werden wir die Qualität des rhythmisierten Ganztags stärken. Die Einbeziehung von außerschulischen Partnern wie Vereinen oder Musikschulen stärkt dabei die Verankerung vor Ort und bietet ein ganzheitliches Angebot. Diese Partner*innen müssen auf Augenhöhe mit der Schule behandelt und ihre Leistung muss entsprechend vergütet werden. Prinzipiell sind die Akteur*innen vor Ort für entscheidend dafür, dass gute Schule gelingt. Schulleiter*innen, Lehrkräfte und auch Schulträger kennen die Verhältnisse vor Ort und die Bedürfnisse ihrer Schüler*innen am besten.

Gute schulische Ganztagsangebote sind nur in gebundenen Ganztagsklassen möglich. Wir wollen den Schüler*innen und Eltern dabei dennoch mehr Flexibilität für Vereinsaktivitäten oder für gemeinsame familiäre Unternehmungen ermöglichen.

Gute Schule kann nicht per Dekret angeordnet werden kann. Gute Schule wächst von unten. Hierfür brauchen Schulleitungen und Lehrer*innen klare und transparente Unterstützungsmaßnahmen - und Schutz vor Überlastung. Genauso wichtig sind ein landesweiter Qualitätsrahmen und ein systematisches Qualitätsmanagement, das den einzelnen Schulen Indikatoren für ihre interne Qualitätsentwicklung an die Hand gibt. Die Zersplitterung des Schulsystems in ein Nebeneinander konkurrierender Schularten ist ein Ergebnis der bildungspolitischen Interessenkonflikte und ist mittelfristig zu überwinden, denn es führt zu oft unsinniger Konkurrenz, schafft Unübersichtlichkeit und frisst unnötig Lehrerinnenressourcen.

Die Oberstufe an der Gemeinschaftsschule wollen wir weitmöglichst ausbauen und fordern die Etablierung des Zwei-Säulen-Modells nach dem Vorbild anderer Bundesländer

Die Grundschulen standen bisher im Schatten der Reformdiskussionen und können mit der derzeitigen Ausstattung ihrer wichtige Aufgabe beim Beginn der Schullaufbahn, der Förderung einer sehr heterogenen Schüler*innenschaft und wichtiger Erziehungsaufgaben nicht gerecht werden.

Wir werden eine Konzeption für multiprofessionelle Teams erarbeiten. In diesen Teams, die zunächst an Grundschulen zum Einsatz kommen sollen, arbeiten die Lehrkräfte mit weiteren Berufsgruppen zusammen. Dazu gehören zum Beispiel Pädagog*innen, Psycholog*innen, Logopäd*innen, Ergo- und Lerntherapeut*innen, aber auch Praktikant*innen und im Freiwilligendienst Engagierte. Gemeinsam können sie die Kinder in ihrer ganzen Vielfalt an sozialer, kultureller und familiärer Herkunft ganzheitlich fördern. Wir wollen die Schulleitungen an den Grundschulen stärken, damit sie ihre Leitungsaufgaben gut ausführen können. Wir wollen die Schulleitungen der Grundschulen weiter von Lehrverpflichtungen entlasten. Denn sie sind zentral für die gesamte Schulentwicklung.

Achte Frage zur Erziehungspartnerschaft Eltern/Schule

Halten Sie das Verhältnis von Elternwille und Expertenmeinung in unserem Schulsystem für ausgewogen?

Beim Wechsel auf die weiterführende Schule setzen wir weiterhin auf die bewährte Kombination ausqualifizierter Beratung durch die Schulen und Verantwortung der Eltern. Um diese bestmöglich bei ihrer Entscheidung zu unterstützen, haben wir die Beratung weiter ausgebaut und werden weiter an deren Verbesserung arbeiten. Auch die Einführung von

Lernstandserhebungen können hierbei unterstützen. Wir lehnen es ab, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung wieder einzuführen, denn diese ist den Potentialen von Kindern oft nicht gerecht geworden, wie unzählige Beispiele von Schülerinnen und Schülern mit Hauptschul- oder Realschulempfehlung zeigen, die auf Umwegen gute Abiturabschlüsse erreicht haben. Spricht man mit solchen Schüler*innen berichten sie häufig von Beschämung und Entmutigung durch eine negative Grundschulempfehlung – Kinder sind zu wertvoll, als dass man sie solchen Erfahrungen aussetzen darf. Wir haben vor allem die Realschulen deutlich stärker mit Ressourcen ausgestattet, um Lehrkräfte dabei zu unterstützen, mit Heterogenität umzugehen. Das Gymnasium haben wir ebenfalls mit zusätzlichen Stunden zur individuellen Förderung ausgestattet und den Bildungsplan an die verkürzte Lernzeit angepasst. Ein Zurück in eine- weitgehend nur unterstellte – Dreigliedrigkeit von Begabungen ist nicht mehr möglich und die Schulen müssen befähigt werden, mit Heterogenität noch besser umgehen können. Es muss allerdings alles darangesetzt werden, um Kindern Misserfolgs- und Leidensgeschichten zu ersparen. Wir setzen vor allem auf individualisiertes Lernen, das den vielfältigen Begabungen und Potentialen der Schüler*innen gerecht wird, wie es im Konzept der Gemeinschaftsschule erfolgreich praktiziert wird. Aber auch auf bessere Beratung und Inpflichtnahme von Eltern.

Neunte Frage zur Demokratiebildung

Wie wollen Sie die Schule, die Lehrkräfte und vor allem die Kinder gegen diese Entwicklung stärken?

Demokratiebildung und der Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Fundamentalismus sind für uns Grüne elementare Anliegen.

Mit einem Landesdemokratiefördergesetz wollen wir Projekte und Träger unterstützen, die sich gegen Rassismus und für eine plurale Demokratie einsetzen - mit einer stetigen und ausgebauten Strukturförderung. Daneben wollen wir ein regelmäßiges, wissenschaftliches Demokratiemonitoring durchführen, das über den Zustand der Demokratie im Land, aber auch die Erwartungen der Bürger*innen an die Demokratie aufklärt. Wir werden Meldemöglichkeiten für Hetze im Netz verlässlich fördern und bedarfsgerecht ausweiten. Wir wollen Beratungsangebote zum Umgang mit Verschwörungsmythen ausweiten und stärken. Wir werden kritische Rassismusforschung an Hochschulen in Baden-Württemberg dauerhaft etablieren. Das Lehramtsstudium muss eine Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus umfassen. Für Lehrkräfte wollen wir entsprechende Fort- und Weiterbildung ausbauen.

Wir stärken die Medienkompetenz als Teil der politischen Bildung. Nur wer sich in der immer komplexeren Medienlandschaft kompetent bewegt, kann Fake News von Real News unterscheiden, kann Postings in digitalen sozialen Medien einschätzen und kritisch reflektieren. Wir brauchen an den Schulen politische Bildung – im Lehrplan genauso wie im Schulalltag, wo Demokratie durch Beteiligung mit Leben gefüllt werden muss.

Wir fördern ein ganzheitliches Verständnis von Bildung– als „Lernen mit Kopf, Herz und Hand“. Es geht darum, sowohl Wissen und Kompetenzen zu erwerben wie auch die Persönlichkeit zu entwickeln. Durch eine neue Lernkultur fördern wir die Kinder und Jugendlichen im Blick auf eine schöpferische, selbstwirksame und resiliente Persönlichkeit als Teil einer solidarischen Gesellschaft. Solche eine ganzheitliche Bildung bietet letztlich eine wichtige Voraussetzung gegen rassistische, fundamentalistische, menschenverachtende und undemokratische Indoktrination.

Fundament hierzu ist die „Grüne Schulwelt“ von morgen, in welcher das Schulleben geprägt ist von Respekt, Vertrauen und demokratischer Beteiligung auf Augenhöhe. Alle Beteiligten arbeiten konstruktiv zusammen als eine Vielfalt unter einem Dach. Damit ist Schule gemeint, die Diversität in all ihren Dimensionen gerecht wird.

Dazu gehört auch, dass Lehrer*innen die Ziele von Angriffen oder Verunglimpfung werden, entschlossen der Rücken gestärkt wird statt wegzuschauen oder Verächtlichmachung im Netz zu verharmlosen.

Wir stärken die Demokratiebildung in allen Schularten. Sie soll altersgerecht und in unterschiedlichen Facetten erfolgen. Es geht nicht nur darum, Wissen über Demokratie und demokratische Institutionen zu erwerben. Die Schüler*innen sollen demokratische Grundwerte an der Schule unmittelbar und selbstwirksam erleben, über tagespolitische Entscheidungen und Wirtschaftsprozesse diskutieren können. Wir wollen ihnen vermitteln: Die eigene Meinung zählt und Rechte und Verantwortung gehen Hand in Hand. Wir wollen Schulen darin unterstützen, Partizipationsmöglichkeiten von Schüler*innen am Schulleben auszubauen. An 400 Pilotschulen jeder Schulart wollen wir wertvolle Erfahrungen für eine Demokratisierung des Bildungswesens sammeln, indem wir das Schulleben demokratisch organisieren und selbstbestimmtes Lernen ermöglichen. Wir stärken die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer an allen Schularten und streben die Einführung eines gesellschaftlichen Profulfaches "Geschichte, Gemeinschaftskunde, Geografie" an. Außerdem wollen wir die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen und weltweiten kolonialen Vergangenheit im Bildungsplan an allen weiterführenden Schulen verankern.